



---

Vorlage Stadtparlament

vom 27. April 2010

Nr. 1736

---

Stadtparlament: Motionenberichte

**Berichterstattung über die beim Stadtrat anhängigen Motionen und Postulate****Antrag**

Wir beantragen Ihnen, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Von diesem Bericht wird Kenntnis genommen.
2. Die nachstehenden parlamentarischen Vorstösse werden als erledigt abgeschrieben:  
Nr. 11, Leistungsauftrag für die Stiftung St.Galler Museen  
Nr. 25, Grundsteuerfuss der Stadt St.Gallen
3. Bei den nachstehenden parlamentarischen Vorstössen werden die Fristen zur Erfüllung der Aufträge wie folgt verlängert:  
Nr. 1, Neuer Teilplan Verkehr um 1 Jahr  
Nr. 2, Erschliessung der Bauzonen um 1 Jahr  
Nr. 3, LandschaftsEntwicklungsKonzept (LEK) - Basis für Direktzahlungen um 1 Jahr  
Nr. 4, Gesundere Handhabung des Ferienbezugs um 2 Jahre  
Nr. 8, Kulturplatz am Stadtpark um 1 Jahr  
Nr. 9, Wildnispark Goldacher Tobel um 1 Jahr  
Nr. 10, Planung der notwendigen Kapazität der Stadtautobahn um 1 Jahr  
Nr. 12, Zukunft dank Tram um 1 Jahr  
Nr. 13, Fusswegnetz in der Stadt St.Gallen um 1 Jahr  
Nr. 18, Waaghaussanierung: Chance für Neukonzept um 1 Jahr  
Nr. 20, „Mehr Wasser“ in die Stadt! um 1 Jahr  
Nr. 21, „VBSG-Wartehäuschen“ in der Warteschleife um 1 Jahr  
Nr. 27, Integrierte Schülerförderung ISF: Was bewirkt sie? um 5 Jahre



<b>a) Motionen</b>
--------------------

**1 Neuer Teilplan Verkehr**

erheblich erklärt am 3. April 2001; Fälligkeit 30. Juni 2010

Der Stadtrat wird beauftragt, Bericht und Antrag zu stellen, wie er einen neuen Teilplan Verkehr nach den heutigen Anforderungen und künftigen Entwicklungen realisieren will.

*Die Thematik dieses Vorstosses wird im Rahmen des Richtplanes der Stadt St.Gallen behandelt. Die Erarbeitung der Richtplanung ist im Wesentlichen abgeschlossen. Das Stadtparlament wird am 31. August 2010 über den Vernehmlassungsentwurf orientiert, anschliessend folgt ein breites Mitwirkungsverfahren für die Bevölkerung und ein Vernehmlassungsverfahren bei den interessierten Organisationen. Nach dem Abschluss dieser Verfahren wird der Stadtrat die Richtplanung im Jahre 2011 dem Stadtparlament zur Genehmigung vorlegen.*

Es wird beantragt, die Frist für die Erfüllung des Motionsauftrags um ein Jahr zu verlängern.

**2 Erschliessung der Bauzonen**

erheblich erklärt am 18. September 2001; Fälligkeit 30. Juni 2010

Der Stadtrat wird deshalb beauftragt, im Sinne eines Erschliessungsprogramms gemäss Raumplanungsgesetz aufzuzeigen, welche Bauzonen, wann, auf welche Art, mit welchen planerischen und finanziellen Mitteln erschlossen und baureif gemacht werden. Gemäss Art. 2 des städtischen Planungsreglements ist dieses Erschliessungsprogramm als Bestandteil des Teilplanes Erschliessung und Versorgung dem Grossen Gemeinderat zur Genehmigung vorzulegen.

*Es wird auf die Ausführungen zu Ziffer 1 verwiesen.*

Es wird beantragt, die Frist für die Erfüllung des Motionsauftrags um ein Jahr zu verlängern.



**3 LandschaftsEntwicklungsKonzept (LEK) - Basis für Direktzahlungen**

erheblich erklärt am 18. September 2001; Fälligkeit 30. Juni 2010

Der Stadtrat wird daher eingeladen, dem Gemeinderat so rasch wie möglich ein LandschaftsEntwicklungsKonzept zur Beratung und Beschluss zu unterbreiten.

*Es wird auf die Ausführungen zu Ziffer 1 verwiesen.*

Es wird beantragt, die Frist für die Erfüllung des Motionsauftrags um ein Jahr zu verlängern.

**4 Gesundere Handhabung des Ferienbezugs**

erheblich erklärt am 20. November 2007; Fälligkeit 20. November 2009

Der Stadtrat wird beauftragt, Antrag für eine Abänderung des Personalreglements zu stellen, mit welcher die Übertragung von Ferienansprüchen begrenzt und deren Bezug zeitlich limitiert wird, wobei für besondere Fälle eine Ausnahmeregelung vorzusehen ist.

*Die notwendigen Anpassungen für eine Beschränkung der Übertragung von Ferienguthaben auf das Folgejahr und eine zeitliche Limitierung für den Bezug werden in der laufenden Revision des Personalreglements vorgenommen. Diese soll zeitlich abgestimmt mit der Revision des kantonalen Personalreglementes erfolgen. Das städtische revidierte Personalreglement kann frühestens per 1.1.2012 in Kraft gesetzt werden.*

Es wird beantragt, die Frist für die Erfüllung des Motionsauftrags um 2 Jahre zu verlängern.

**5 Rückkehr zur Einfamilienhauszone**

erheblich erklärt am 25. November 2008; Fälligkeit 25. November 2010

Der Stadtrat wird eingeladen, Bericht zu erstatten und Antrag zu stellen, mit welchen Anpassungen von Bauordnung/Zonenplan oder anderen Massnahmen er bestehende, intakte Einfamilienhausquartiere vor grösseren Bauvorhaben kurz-, mittel- und langfristig schützen will.

*Die Grundlagenarbeit für dieses Vorhaben war komplexer und zeitaufwendiger als ursprünglich angenommen. Sie ist nun abgeschlossen. Zur Verfügung steht jetzt eine umfassende Analyse sämtlicher Gebiete, die früher der Bauklasse für Ein- und Zweifamilienhäuser zugeteilt waren. Die Analyse enthält Vorschläge für diejenigen dieser Gebiete, die einen strukturellen Schutz als Einfamilienhausquartiere oder be-*



*sondere gestalterische Anforderungen erfordern. Andererseits sind auch diejenigen Gebiete bezeichnet, für die keine besonderen Massnahmen erforderlich sind und die in der „normalen“ zweigeschossigen Wohnzone mit grösseren Verdichtungsmöglichkeiten bleiben können. Im nächsten Schritt wird der Stadtrat über die Umsetzung entscheiden, wobei die entsprechenden Verfahren mit der öffentlichen Auflage und mit der Einsprachemöglichkeit beginnen müssen.*

## **6 Pfortnereingänge Ost und West zum Gallusplatz**

erheblich erklärt am 10. März 2009; Fälligkeit 10. März 2011

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Stadtparlament so rasch wie möglich eine Vorlage zur Gestaltung der beiden Eingangspforten Ost und West zum Gallusplatz (inkl. Zwischenbereich zwischen Perimeter der Vorlage „Neugestaltung Südliche Altstadt“ und den neuen Pforten) zu unterbreiten.

*Die Projektierungsarbeiten sind im Gange. Die Ergebnisse liegen voraussichtlich im Laufe des Sommers 2010 vor. Anschliessend wird das Projekt dem Stadtparlament vorgelegt.*

## **7 Klare Regeln für Postulate**

erheblich erklärt am 9. März 2010; Fälligkeit 9. März 2012

Das Präsidium des Stadtparlaments wird deshalb eingeladen, dem Parlament Bericht zu erstatten und Antrag zu stellen für eine Anpassung des Geschäftsreglements, um die Regeln für Postulate klar zu formulieren.

*Der Motionsbericht ist in Bearbeitung.*



<b>b) Postulate</b>
---------------------

## **8 Kulturplatz am Stadtpark**

erheblich erklärt am 22. Juni 1999; Fälligkeit 30. Juni 2010

Der Stadtrat wird eingeladen, Bericht zu erstatten und allenfalls Antrag zu stellen, wie die verkehrliche Situation im Museumsquartier als Wohn- und Kulturgebiet verbessert werden kann. Zu prüfen ist namentlich eine neue Ausfahrt (und eventuell auch Einfahrt) der Brühltor-Garage direkt auf eine Strasse des übergeordneten Netzes. Die entsprechenden Kosten sollen von der Parkgarage AG und der Stadt bzw. der Spezialfinanzierung für Parkplätze und Parkhäuser anteilmässig getragen werden.

*Die Verlegung der Ausfahrt aus der Tiefgarage ist realisiert. Die Umgestaltung der Parkanlage Unterer Brühl ist im ersten Teil im Zusammenhang mit der Erweiterung der Tiefgarage realisiert worden. Die Neugestaltung der Flächen vor der Tonhalle und entlang der Museumstrasse ist nun als zweiter Teil des Vorhabens im Gange und demnächst abgeschlossen. Für den vorgesehenen Wettbewerb zur Schaffung eines Kulturplatzes mussten zunächst verschiedene Rahmenbedingungen im Zusammenhang mit den umliegenden Kulturbauten geklärt werden, auch mit dem Kanton als neuem Träger von Tonhalle und Theater. Das Wettbewerbsverfahren wird nun vorbereitet.*

Es wird beantragt, die Frist für die Erfüllung des Postulatsauftrags um ein Jahr zu verlängern

## **9 Wildnispark Goldacher Tobel**

erheblich erklärt am 4. April 2000; Fälligkeit 30. Juni 2010

Der Stadtrat wird eingeladen, in Koordination mit den umliegenden Gemeinden und dem Kanton eine Schutzverordnung zu erarbeiten.

*Die Federführung und die Koordination für diese Schutzverordnung liegt beim Kanton St. Gallen, wobei die Arbeiten dazu aber erst 2006 durch die zuständige Stelle des Kantons aufgenommen wurden. Im letzten Jahr wurde ein Entwurf für die Schutzverordnung vorgelegt und den betroffenen Gemeinden zur Vernehmlassung gestellt. Derzeit wird die Verordnung nochmals überarbeitet. Anschliessend muss die Schutzverordnung von den Exekutiven der beteiligten Gemeinden beschlossen und in allen Gemeinden öffentlich aufgelegt werden. Danach und nach der Behandlung allfälliger Einsprachen wird die Verordnung in St. Gallen dem Stadtparlament vorgelegt. Eine zeitliche Aussage ist im heutigen Stand nicht möglich.*



Es wird beantragt, die Frist für die Erfüllung des Postulatsauftrags um ein Jahr zu verlängern.

**10 Planung der notwendigen Kapazität der Stadtautobahn**

erheblich erklärt am 26. November 2002; Fälligkeit 30. Juni 2010

Der Stadtrat wird eingeladen, im Rahmen der Richtplanung und in Zusammenarbeit mit dem Bund und dem Kanton zu prüfen und Bericht zu erstatten, ob und allenfalls welche Massnahmen zur Vermeidung von Kapazitätsengpässen auf der Stadtautobahn und zur Sicherstellung der Entlastungswirkung für das städtische Netz erforderlich sind.

*Der Bund erarbeitet derzeit mit dem Kanton und der Stadt die Projektstudie Engpassbeseitigung A1 St.Gallen. Die Resultate dieser Zweckmässigkeitsbeurteilung werden im Herbst 2011 vorliegen. Es wird im Übrigen auf die Ausführungen zu Ziffer 1 verwiesen.*

Es wird beantragt, die Frist für die Erfüllung des Postulatsauftrags um ein Jahr zu verlängern.

**11 Leistungsauftrag für die Stiftung St.Galler Museen**

erheblich erklärt am 26. April 2005; Fälligkeit 30. Juni 2010

Der Stadtrat wird beauftragt, zu prüfen und dem Stadtparlament Bericht zu erstatten, ob und gegebenenfalls mit welchem Inhalt mit der Stiftung St.Galler Museen eine Leistungsvereinbarung abzuschliessen sei.

*Der Abschluss von Leistungsvereinbarungen mit subventionierten Institutionen liegt in der Kompetenz des Stadtrats. Dieser hat am 22. Dezember 2009 mit der Stiftung St.Galler Museen per 1. Januar 2010 eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen. In seiner Vorlage vom 8. September 2009 (Nr. 0895) betr. Subventionserhöhung für die Stiftung St.Galler Museen hat der Stadtrat gemäss Postulatsauftrag auf den Seiten 11-15 der Vorlage die wesentlichen Inhalte der Vereinbarung dargelegt.*

Es wird beantragt, das Postulat abzuschreiben.



**12 Zukunft dank Tram**

erheblich erklärt am 28. Juni 2005; Fälligkeit 30. Juni 2010

Der Stadtrat wird eingeladen, im Rahmen des Richtplans zu den verschiedenen Aspekten einer Tramlösung für St.Gallen Bericht zu erstatten.

*Es wird auf die Ausführungen zu Ziffer 1 verwiesen.*

Es wird beantragt, die Frist für die Erfüllung des Postulatsauftrags um ein Jahr zu verlängern.

**13 Fusswegnetz in der Stadt St.Gallen**

erheblich erklärt am 15. November 2005; Fälligkeit 30. Juni 2010

Der Stadtrat wird eingeladen, auf der Grundlage des neuen Richtplans über die Situation des Fusswegnetzes in der Stadt St.Gallen Bericht zu erstatten und Verbesserungsmassnahmen aufzuzeigen.

*Es wird auf die Ausführungen zu Ziffer 1 verwiesen.*

Es wird beantragt, die Frist für die Erfüllung des Postulatsauftrags um ein Jahr. zu verlängern.

**14 Verlängerung der Buslinie 2 und Erstellung der S-Bahnhaltestelle „Hinterberg“ & „Güterbahnhof“**

erheblich erklärt am 14. Februar 2006; Fälligkeit 30. Juni 2010

Der Stadtrat wird gebeten, Bericht und Antrag zu stellen, wie und wann eine Verbesserung für die neuen Wohn- und Arbeitsplatzgebiete Hechtacker/Bernhardswies, Hinterberg und Güterbahnhof erreicht werden kann.

*Der Stadtrat beantragt mit seiner Vorlage „VBSG-Line 2, Verlängerung Hinterberg; Umwandlung des Versuchsbetriebs in einen regulären Betrieb“ vom 23. März 2010 (Nr. 1625) die Abschreibung des Postulates.*



**15 Talschulen – Bergschulen**

erheblich erklärt am 21. März 2006; Fälligkeit 30. Juni 2010

Der Stadtrat wird gebeten, Bericht zu erstatten wie er verhindern will, dass das schulische Niveau von Berg- und Talschulhäusern weiter auseinander driftet. Er wird ersucht, insbesondere die folgenden Gesichtspunkte darzustellen: gleiche Chancen für alle; Frühförderung in Deutsch; Vernetzung mit den Integrationsbemühungen der Stadt; Lösungsmöglichkeiten durch Umverteilung von Lektionen (ISF), Poolbeiträgen, Schulleiterentlastungen, etc.; Controlling; finanzielle Konsequenzen; vertrauensbildende Massnahmen für die Bevölkerung.

*Es ist vorgesehen, dem Stadtparlament im zweiten Quartal 2010 eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten.*

**16 Entlastung von Klassen und Lehrkräften – Time-out-Klasse auch auf der Primarschulstufe**

erheblich erklärt am 27. Juni 2006; Fälligkeit 30. Juni 2010

Der Stadtrat wird gebeten, im Sinne der Qualitätssicherung an den städtischen Schulen und zum Wohle aller Schüler/innen und unserer Lehrkräfte, Bericht und Antrag darüber zu erstatten, wie er ein gewalt- und störungsfreies Lernklima fördern und wie er Lehrkräfte der Primarschulstufe bei der Ausübung ihres Berufsauftrags zu unterstützen gedenkt, und ob er in diesem Zusammenhang insbesondere auch die Einführung einer Time-out-Klasse auf dieser Stufe vorsieht.

*Der Stadtrat beantragt mit seiner Vorlage „Erweiterung des Time-out-Angebots“ vom 9. Februar 2010 (Nr. 1442) die Abschreibung des Postulats.*

**17 Richtlinien für die Bewilligungspraxis im öffentlichen Raum – Damit die Stadt ohne finanziellen Aufwand an Kultur gewinnt**

erheblich erklärt am 28. November 2006; Fälligkeit 30. Juni 2010

Veranstaltungen im öffentlichen Raum beleben die Stadt, vermitteln Kultur und schaffen Begegnungen. In diesem Sinne wird der Stadtrat gebeten folgendes zu prüfen und darüber Bericht zu erstatten:

1. ob die momentane Bewilligungspraxis zweckmässig ist
2. wie das Bewilligungsverfahren in andern Städten gehandhabt wird
3. ob die Kompetenz zur Erteilung von Bewilligungen für Veranstaltungen im öffentlichen Raum bei der Gewerbepolizei richtig angesiedelt ist
4. ob für das Bewilligungsverfahren vom/von der Einzelnen einsehbare Richtlinien und Kriterien ausgearbeitet werden können, die vorsehen, dass Veranstaltungen





im öffentlichen Raum grundsätzlich zu bewilligen sind und die Auskunft geben betreffend

- Einreichung des Gesuchs
- Ablauf des Verfahrens
- Kosten des Verfahrens.

*Der Stadtrat beantragt mit seiner Vorlage „Öffentlicher Raum – Grundsätze und Massnahmen“ vom 16. Februar 2010 (Nr. 1475) die Abschreibung des Postulats.*

## **18 Waaghaussanierung: Chance für Neukonzept**

erheblich erklärt am 26. Juni 2007; Fälligkeit 30. Juni 2010

Der Stadtrat wird beauftragt, zu prüfen und Bericht zu erstatten, ob und allenfalls wo für das Stadtparlament ein neuer Tagungsort realisiert und wie das Waaghaus unter Einhaltung des denkmalpflegerischen Schutzzumfangs gesamthaft saniert und genutzt werden soll.

*Für das Waaghaus sind einerseits umfassende Sanierungsmassnahmen notwendig, andererseits sind konzeptionelle Nutzungsentscheide zu treffen. Die Vorentscheide im Hinblick auf den Standort und die Anforderungen an den Parlamentsbetrieb sind mit dem Präsidium des Parlamentes getroffen worden. Das Parlament soll in diesem Gebäude bleiben und mit zeitgemässeren Infrastrukturen ausgestattet werden. Mit einem Wettbewerbsverfahren sollen dieses Jahr die Grundlagen für das Projekt und für die weiteren Nutzungsmöglichkeiten geschaffen werden.*

Es wird beantragt, die Frist für die Erfüllung des Postulatsauftrags um ein Jahr zu verlängern.

## **19 Nutzung des öffentlichen Aussenraumes**

erheblich erklärt am 30. Oktober 2007; Fälligkeit 30. Oktober 2009

Der Stadtrat wird gebeten, Bericht zu erstatten und allenfalls Antrag zu stellen, wie durch die Erarbeitung eines Konzeptes räumliche Leitvorstellungen für die Nutzung des öffentlichen Aussenraumes entwickelt werden können.

*Der Stadtrat beantragt mit seiner Vorlage „Öffentlicher Raum – Grundsätze und Massnahmen“ vom 16. Februar 2010 (Nr. 1475) die Abschreibung des Postulats.*



**20 „Mehr Wasser“ in die Stadt!**

erheblich erklärt am 30. Oktober 2007; Fälligkeit 30. Oktober 2009

Der Stadtrat wird beauftragt, Bericht zu erstatten und Antrag zu stellen, wie er mehr und besser als mit herkömmlichen Brunnenanlagen Trinkwasser und Wasser in sinnlich erfahrbarer Qualität in die (Innen-)Stadt bringen will.

*Das Anliegen des Postulates wurde teilweise umgesetzt, so z.B. im Zusammenhang mit der Neugestaltung der Lämmli brunnenstrasse. Bei den zwei grossen bevorstehenden Platzprojekten, nämlich beim Marktplatz / Bohl / Blumenmarkt und beim Bahnhofplatz ist gemäss den vorliegenden Projekten vorgesehen, auch das Element Wasser markant einzubeziehen.*

Es wird beantragt, die Frist für die Erfüllung des Postulatsauftrags um ein Jahr zu verlängern.

**21 „VBSG-Wartehäuschen“ in der Warteschleife**

erheblich erklärt am 18. März 2008; Fälligkeit 18. März 2010

Der Stadtrat wird beauftragt, Bericht zu erstatten und allenfalls Antrag zu stellen, wie er ein Gesamtkonzept der VBSG-Wartezonen zukünftig in die Hand nehmen will.

*Für die Wartehäuschen bei den Haltestellen des öffentlichen Verkehrs ist ein Gesamtkonzept ausgearbeitet worden. Für die sogenannten „Normwartehallen“ ist ein Planerwahlverfahren durchgeführt worden, auch die Projektierung für diese Normgebäude ist abgeschlossen. Der Ersatz der alten Haltestellen wird nun, auch in Berücksichtigung neuer Standorte, unter der Federführung der VBSG in den nächsten Jahren laufend umgesetzt. Finanziert und erstellt werden diese Normwartehallen von der APG.*

*Für die ortsfesten Wartehallen, also die grösseren und besonderen Wartengebäude an stark frequentierten Haltestellen oder an den Endstationen, wurde der Sanierungs- und Erneuerungsbedarf geprüft und beurteilt. Bei rund der Hälfte der Endhaltestellen bildet eine ungenügende WC-Infrastruktur das Hauptproblem. Dringliche und/oder rasch realisierbare Sanierungen werden in einer ersten Etappe vorgezogen. Für diese Sanierungen laufen die Projektierungsarbeiten. Noch diese Jahr wird dem Stadtparlament eine entsprechende Vorlage unterbreitet, in der auch eine Übersicht über die Massnahmen und das Gesamtkonzept dargestellt wird.*

Es wird beantragt, die Frist für die Erfüllung des Postulatsauftrags um ein Jahr zu verlängern.



**22 Ausgehverhalten bis in alle Nacht – ein Albtraum**

erheblich erklärt am 17. Juni 2008; Fälligkeit 17. Juni 2010

Der Stadtrat wird gebeten Bericht zu erstatten, welche Massnahmen er zur Lösung der komplexen Problematik zum veränderten Ausgehverhalten mit all seinen negativen Facetten ergreifen will.

*Der Stadtrat beantragt mit seiner Vorlage „Öffentlicher Raum – Grundsätze und Massnahmen“ vom 16. Februar 2010 (Nr. 1475) die Abschreibung des Postulats.*

**23 Wasser freundlicher behandeln; Dem Broderbrunnen ein würdiger Platz**

erheblich erklärt am 23. September 2008; Fälligkeit 23. September 2010

Der Stadtrat wird gebeten, Bericht zu erstatten und allenfalls Antrag zu stellen, wie sich der Platz um den Broderbrunnen attraktiver gestalten lässt. Besonderes Augenmerk soll dabei auf mehr Grünfläche und eine sickerfähige Bodenbeschaffenheit gelegt werden.

*Ein Projekt für eine attraktivere Gestaltung wird ausgearbeitet. Die Beschlussfassung wird je nach Kostenhöhe in der Kompetenz des Stadtrates oder des Stadtparlamentes liegen.*

**24 Strategische Ausrichtung unserer VBSG**

erheblich erklärt am 23. September 2008; Fälligkeit am 23. September 2010

Der Stadtrat wird gebeten, Bericht über die strategische Zielsetzung zu erstatten, die er mit der VBSG verfolgt.

*Es ist vorgesehen, dem Stadtparlament im zweiten Quartal 2010 eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten.*

**25 Grundsteuerfuss der Stadt St.Gallen**

erheblich erklärt am 25. November 2008; Fälligkeit 25. November 2010

Der Stadtrat wird beauftragt, Bericht zu erstatten, wann und um wie viel der Grundsteuerfuss gesenkt werden könnte.

*Mit dem VI. Nachtrag zum Steuergesetz hat der kantonale Gesetzgeber den Grundsteuersatz, welcher von den Gemeinden höchstens erhoben werden kann, von 1,0 auf 0,8 Promille herabgesetzt. Dieser Schritt wurde mit dem Budgetbeschluss per*



*1.1.2010 auch vom städtischen Parlament nachvollzogen. Damit wurden die Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer um CHF 2,6 Millionen entlastet. Für den städtischen Haushalt entspricht dies fast zwei Steuerprozenten. Eine weitere Entlastung drängt sich nicht auf. Sollte die Stadt tatsächlich in die Lage kommen, auf weitere Einnahmen verzichten zu können, so wäre eine allgemeine Steuerfussreduktion vorzuziehen, denn diese wäre aus Sicht einer attraktiven Stadt von wesentlich grösserer Bedeutung. Es kommt hinzu, dass in den meisten Gemeinden in der Umgebung, in welcher der Steuersatz bis anhin niedriger als in der Stadt war, dieser Steuersatz nach der Gesetzesänderung beibehalten wurde, so dass sich die Position der Stadt durch die Senkung auf 0,8 Promille gegenüber früher verbessert hat.*

Es wird beantragt, das Postulat abzuschreiben.

**26 Quartierentwicklung: ein neues Handlungsfeld für die Stadt St.Gallen**

erheblich erklärt am 25. November 2008; Fälligkeit 25. November 2010

Der Stadtrat wird eingeladen, dem Parlament Bericht zu erstatten und allenfalls Antrag zu stellen, wie er die Herausforderung „Quartier-Entwicklung“ beurteilt, wie er diese neue Aufgabe nach den Grundsätzen von Solidarität, Chancengleichheit und Nachhaltigkeit lösen will, und wie er die Prioritäten setzt.

*Der Postulatsbericht ist in Bearbeitung.*

**27 Integrierte Schülerförderung ISF: Was bewirkt sie?**

erheblich erklärt am 25. November 2008; Fälligkeit 25. November 2010

Der Stadtrat wird um Stellungnahme, Evaluation der ISF und um Berichterstattung gebeten.

*Die Ergebnisse der IST-Analyse zur integrierten Schülerförderung ISF an den städtischen Schulen werden dem Stadtparlament noch im laufenden Jahr in einem ersten Bericht unterbreitet. Die Ergebnisse sind Vergleichs- bzw. Ausgangsbasis für die Evaluation des Konzepts Fördernde Massnahmen in der Stadt St.Gallen, welche vier Jahre nach der Umsetzung erfolgen soll. Die Umsetzung des Konzepts ist auf Beginn des Schuljahres 2010/11 festgesetzt. Der Evaluationsbericht zu Wirkung und Akzeptanz des Förderkonzepts auf der Basis eines Evaluationskonzepts mit Standards und Indikatoren ist damit frühestens Anfangs 2015 zu erwarten.*

Es wird beantragt, die Frist zur Erfüllung des Postulatsauftrags um fünf Jahre zu verlängern.



- 28 „fair-trade“: Soziale, ökologische und wirtschaftlich nachhaltige Beschaffung**  
erheblich erklärt am 25. November 2008; Fälligkeit 25. November 2010

Der Stadtrat wird gebeten, darüber Bericht zu erstatten und allenfalls Antrag zu stellen, wie die öffentliche Verwaltung in ihrer Gesamtheit und insbesondere die mit der öffentlichen Beschaffung betrauten Stellen sicherstellen können, dass das öffentliche Beschaffungswesen sozial, ökologisch und wirtschaftlich verträglich ausgestaltet ist.

*Der Postulatsbericht wird dem Stadtparlament im Herbst 2010 vorgelegt.*

- 29 Fachstelle für Fuss- und Veloverkehr – Zuständigkeiten, Finanzierung und Zeitgefässe müssen klar geregelt sein**  
erheblich erklärt am 25. November 2008; Fälligkeit 25. November 2010

Der Stadtrat wird gebeten, die Einführung einer solchen Fachstelle für Fuss- und Veloverkehr zu überprüfen und dem Parlament einen Vorschlag zu unterbreiten.

*Die Aufgabengebiete sowie die Möglichkeiten der Organisation einer solchen Fachstelle werden derzeit geprüft. Der Postulatsbericht sollte bis Herbst 2010 vorliegen.*

- 30 Jugendlichen-Vorstoss gemäss Partizipationsreglement betreffend getrennte Abfallentsorgung mit Abfallkübeln**  
erheblich erklärt am 13. Januar 2009; Fälligkeit 13. Januar 2011

Der Stadtrat wird gebeten Bericht zu erstatten, wie er dem Anliegen nach getrennter Abfallentsorgung durch das Aufstellen von Kübeln mit verschiedenen Einwurflöchern für Glas, PET, Papier, Alu und Restmüll gerecht werden will, und wie er sich zur Aufstellung von mehr und grösseren Abfallkübeln stellt.

*Letzten Sommer wurden die Reinigungsintensität am Wochenende deutlich erhöht und das Einsatzgebiet erweitert. Gleichzeitig wird das Netz der neuen Unterflurabfallkübel mit ihrem wesentlich grösseren Fassungsvermögen weiter ausgebaut. Ziel ist, das neue System in der Innenstadt und bei wichtigen Bushaltestellen einzusetzen. Ergänzende Massnahmen mit getrennten Abfallmöglichkeiten gemäss Postulat werden derzeit abgeklärt.*



**31 Mehr Platz zum Spielen in der Stadt**

erheblich erklärt am 13. Januar 2009; Fälligkeit 13. Januar 2011

Der Stadtrat wird gebeten, Bericht zu erstatten und gegebenenfalls Antrag zu stellen, wie die Qualität der städtischen (Spiel-)Plätze verbessert und wie die Bevölkerung der Quartiere in die Erneuerung bestehender sowie die Planung neuer öffentlicher (Spiel-)Anlagen einbezogen werden kann.

*Der Postulatsbericht ist vorbereitet und wird dem Stadtparlament voraussichtlich noch dieses Jahr unterbreitet.*

**32 Mehr Lehrstellen für schwächere Schüler/innen bei der Verwaltung**

erheblich erklärt am 13. Januar 2009; Fälligkeit 13. Januar 2011

Der Stadtrat wird gebeten, Bericht zu erstatten, welche Möglichkeiten er sieht, die Anzahl der Lehrstellen für schwächere Schüler/innen zu erhöhen.

*Der Postulatsbericht ist in Bearbeitung.*

**33 Kulturförderung - auch für Vereine**

erheblich erklärt am 17. Februar 2009; Fälligkeit 17. Februar 2011

Der Stadtrat wird beauftragt, zu prüfen und Bericht zu erstatten, ob er über die bisherigen Instrumente hinaus zusätzliche Massnahmen ergreifen will, um städtische Turn- und Sportvereine zu unterstützen, insbesondere ob er gewillt ist, einen massgeblichen Betrag, analog der Kulturförderung, zur Unterstützung den Turn- und Sportvereinen zufließen zu lassen.

*Der Postulatsbericht ist in Bearbeitung.*

**34 Energieeffizienz fördern, Energieverschwendung stoppen**

erheblich erklärt am 16. Juni 2009 ; Fälligkeit 16. Juni 2011

Wir bitten den Stadtrat um einen Bericht zum aktuellen Bestand von Widerstandsheizungen auf Stadtgebiet. Folgende Fragen wären dabei zu beantworten: Installierte (geschätzte) Gesamtleistung sowie denkbare Anpassungen von Tarifen und Reglementen, um neue Anlagen zu verhindern und bestehende so schnell als möglich vom Stromnetz zu bringen. Wir laden den Stadtrat ein, je nach Ergebnis seiner Abklärungen entsprechende Anträge zu stellen.

*Verschiedene weitere parlamentarische Vorstösse gehen ebenfalls in Richtung des Ausbaus einer nachhaltigen Energieversorgung unserer Stadt. Alle aufgeworfenen*



*Fragen werden mit dem "Energiegesamtkonzept 2050 Wärme, Mobilität und Elektrizität", welches derzeit erarbeitet wird, geprüft. Der Postulatsbericht wird dem Stadtparlament fristgerecht vorgelegt.*

**35 Mehr Platz in städtischen Hallenbädern!**

erheblich erklärt am 25. August 2009 ; Fälligkeit 25. August 2011

Ich bitte den Stadtrat zu prüfen und Bericht zu erstatten,

1. ob ein städtisches Bäderkonzept mit den Bedürfnissen aller Anspruchsgruppen existiert oder erarbeitet wird und
2. ob und wann der Bau eines weiteren Hallenbades für Schwimmsport (ggf. in Zusammenarbeit mit Agglomerationsgemeinden) verwirklicht werden kann.

*Der Postulatsbericht ist in Bearbeitung.*

**36 Freiwillige Aufgabenhilfe für Schülerinnen und Schüler städtischer Primar- und Realklassen**

erheblich erklärt am 15. September 2009 ; Fälligkeit 15. September 2011

Der Stadtrat wird deshalb eingeladen zu prüfen und Bericht zu erstatten, ob in allen Schulquartieren der Stadt St.Gallen ein freiwilliges und kostengünstiges Aufgabenhilfeangebot für Schülerinnen und Schüler der städtischen Primar- und Realklassen eingeführt werden kann und mit welchen finanziellen Folgen zu rechnen ist.

*Der Postulatsbericht ist in Bearbeitung.*

**37 Energiekonzept Mobilität**

erheblich erklärt am 27. Oktober 2009 ; Fälligkeit 27. Oktober 2011

Vor diesem Hintergrund interessiert die Frage, wie der Stadtrat den Herausforderungen bezüglich Energieverbrauch und CO<sub>2</sub>-Emissionen im Bereich Mobilität begegnen will.

Wir bitten darum den Stadtrat Bericht zu erstatten, welche Massnahmen er ergreifen will und dies allenfalls in einem Energiekonzept Mobilität darzulegen.

*Das Energiekonzept 2050, Teil Mobilität, befindet sich in Erarbeitung.*



**38 Stärkung von wettbewerbsfähigen einheimischen Unternehmen**

erheblich erklärt am 27. Oktober 2009 ; Fälligkeit 27. Oktober 2011

Wir fordern den Stadtrat auf:

- Darzulegen, wie die Praxis der Verwaltung in den einzelnen Direktionen bei öffentlichen Beschaffungen im Einladungs- und freihändigen Verfahren in den letzten Jahren war (Anzahl Vergaben und Werte nach Verfahren, Berücksichtigung einheimischer/nicht einheimischer Betriebe, Entscheidungskriterien etc.) und
- Bericht zu erstatten, wie er unter Berücksichtigung der freien Marktwirtschaft und unter Beachtung der einschlägigen Submissionsbestimmungen in Zukunft Aufträge nach Möglichkeit an ortsansässige Betriebe und Unternehmen vergeben kann, sowie allenfalls
- aufzuzeigen, wie sichergestellt werden kann, dass in den städtischen Verwaltungen und den angeschlossenen Betrieben in Zukunft eine Praxis angewendet wird, welche das Ziel des Stadtrates verfolgt.

*Der Postulatsbericht ist in Bearbeitung.*

**39 Nutzungsbeschränkung Geissberg/ Altenwegen**

erheblich erklärt am 17. November 2009 ; Fälligkeit 17. November 2011

Der Stadtrat wird eingeladen, zu prüfen und Bericht zu erstatten, ob im Gebiet Geissberg/Altenwegen eine Zone für bestimmte Nutzungsarten (Art. 28octies BauG) erlassen werden soll. Dabei sollen zonengemässe Nutzungen zulässig bleiben, hingegen publikumsintensive Nutzungen mit einer publikumsaktiven Fläche von mehr als 200 m<sup>2</sup> (z.B. Einkaufszentren, Fachmärkte und Freizeitanlagen) ausgeschlossen werden. Vorbehalten bleibt jeweils eine besondere Regelung mit einem Sondernutzungsplan des Stadtrates.

*Der Postulatsbericht ist vorbereitet und wird dem Stadtparlament noch dieses Jahr unterbreitet.*

**40 Überprüfung Sondernutzungspläne**

erheblich erklärt am 19. Januar 2010 ; Fälligkeit 19. Januar 2012

Der Stadtrat wird beauftragt, zu prüfen und Bericht zu erstatten, inwieweit die vor 1980 erlassenen Sondernutzungspläne noch gerechtfertigt sind oder aber geändert oder aufgehoben werden sollen. Zu prüfen ist im Besonderen, ob die Sondernutzungspläne tatsächlich realisiert worden sind und das Ausmass der Abweichungen von der Regelbauweise nach gültiger Bauordnung, das zugrundeliegende städtebauliche oder architektonische Konzept oder andere Planinhalte (z.B. bezüglich Erschliessung) eine besondere Regelung nach wie vor erfordern. Andernfalls sollte der Plan aufgehoben oder an die heutigen Gegebenheiten angepasst werden.

*Die Überprüfung der Sondernutzungspläne ist eingeleitet worden.*





**41 Ein Beitrag zur kombinierten Mobilität: Ein zeitgemässes Veloverleihsystem, auch in St.Gallen**

erheblich erklärt am 19. Januar 2010 ; Fälligkeit 19. Januar 2012

Der Stadtrat wird eingeladen abzuklären, welche der sich in anderen Städten bewährenden Veloverleihmodelle (allenfalls modifiziert) für St.Galler Verhältnisse am vielversprechendsten erscheinen und einen modularen Realisierungsvorschlag mit Etappierungsvarianten zu erarbeiten.

*Die notwendigen Abklärungen (Standortfrage, mögliche Verleihsysteme usw.) haben begonnen.*

**42 Aquapower – unser Standardstrom**

erheblich erklärt am 19. Januar 2010 ; Fälligkeit 19. Januar 2012

Der Stadtrat wird beauftragt, die Grundlage zu schaffen, dass durch die Sankt Galler Stadtwerke künftig das Produkt „Aquapower – aus Wasserkraft“ als Standard angeboten wird. Die Produkte „Basispower“ wie auch „Solarpower“ oder „Windpower“ sollen aber nach wie vor auf entsprechende Bestellung hin bezogen werden können.

*Das Postulat wird im Zusammenhang mit dem Energiekonzept 2050, Teil Strom, bearbeitet. Der Postulatsbericht wird dem Stadtparlament fristgerecht vorgelegt.*

**43 Vorfinanzierung rentabler Energiesparinvestitionen**

erheblich erklärt am 19. Januar 2010 ; Fälligkeit 19. Januar 2012

Der Stadtrat wird eingeladen, Bericht zu erstatten und Antrag zu stellen, wie er umfassende Analysen zum Aufzeigen von Energiesparpotenzial für den Bürger möglichst kostengünstig anbieten will, und wie er langfristig rentable Investitionen natürlicher und juristischer Personen in der Stadt St.Gallen vorfinanzieren will.

*Das Postulat wird im Zusammenhang mit dem Energiekonzept 2050, Teil Strom, bearbeitet. Der Postulatsbericht wird dem Stadtparlament fristgerecht vorgelegt.*

**44 Ein Stromkonzept für die Stadt**

erheblich erklärt am 19. Januar 2010 ; Fälligkeit 19. Januar 2012

Der Stadtrat sei hiermit ersucht, Bericht zu erstatten über die Stromversorgungsplanung bis zum Jahre 2030 und ggf. Anträge zu stellen im Blick auf eine ausreichende und nachhaltige Stromversorgung in den nächsten beiden Jahrzehnten.

*Das Postulat wird im Zusammenhang mit dem Energiekonzept 2050, Teil Strom, bearbeitet. Der Postulatsbericht wird dem Stadtparlament fristgerecht vorgelegt.*



**45 St.Galler Strom**

erheblich erklärt am 19. Januar 2010 ; Fälligkeit 19. Januar 2012

Der Stadtrat wird ersucht, Bericht zu erstatten und gegebenenfalls Antrag zu stellen, welche neuen Quellen zur Stromgewinnung aus erneuerbarer Energie auf dem Gebiet der Stadt St.Gallen erschlossen werden können.

*Das Postulat wird im Zusammenhang mit dem Energiekonzept 2050, Teil Strom, bearbeitet. Der Postulatsbericht wird dem Stadtparlament fristgerecht vorgelegt.*

**46 Ordnungsdienst oder bereits kriegsähnliche Einsätze der Polizei an Fussballveranstaltungen**

erheblich erklärt am 16. Februar 2010 ; Fälligkeit 16. Februar 2012

Der Stadtrat wird daher eingeladen Bericht zu erstatten:

1. über die bislang aufgewendeten Kosten für Ruhe, Ordnung und Sicherheit in Zusammenhang mit der Arena und dem FC SG (Kosten Polizei, inklusive Vereinigung Ostschw. Polizeikorps-Einsätze; OSTPOL).
2. über die in Zusammenhang mit Heimspielen des FC SG festgestellten Delikte, wie Gewalt, Nötigung, Drohung gegen Beamte, Körperverletzung gegen Zuschauer und Polizeibeamte, Landfriedensbruch und Sachbeschädigung
3. wie der Stadtrat in Zukunft mit der inakzeptablen Gewalt in und um das Stadion konkret umgehen will und welche Voraussetzungen für den Stadtrat erfüllt sein müssen, um ein Fussballspiel aus Sicherheitsgründen zu untersagen
4. wie der Stadtrat in Zusammenhang mit der ansteigenden Gewaltbereitschaft beim Betreiber der Arena und beim FC SG die entstandenen Mehrkosten (Sicherheitskosten und Schadenskosten) einfordern will
5. ob und wie er künftig die Betreiber der Arena und den FC SG vermehrt in die Pflicht nehmen will.

*Der Postulatsbericht ist in Bearbeitung.*

**47 Museumskonzept „3 Museen – 3 Häuser“**

erheblich erklärt am 16. Februar 2010 ; Fälligkeit 16. Februar 2012

Wir bitten den Stadtrat, ein Museumskonzept als Grundlage für weitere politische Entscheidungen zu erarbeiten, welches die folgenden Punkte mit einbezieht:

- Wie sollen sich die Museen in Zukunft positionieren und wie sehen die Betriebskonzepte aus - mit klaren inhaltlichen Aussagen?
- Mit welchen Investitionen rechnet der Stadtrat für den Neubau des Naturmuseums und den Umbau der drei bestehenden Häuser Kunklerbau, Völkerkundemuseum und Kirchhoferhaus?
- Mit welchen Folgekosten für Unterhalt, Reparaturen und Hauswartkosten ist zu rechnen nach Realisierung sämtlicher Investitionen für die drei Häuser?



- Welche finanziellen Mittel müssen in Zukunft für den Betrieb der Museen, die Pflege der Sammlungen und für zeitgemässe Ausstellungen für alle drei Häuser zusammen aufgewendet werden - inkl. finanzielle Verflechtungen zwischen Stiftung und Kunstverein (konsolidierte Darstellung)?
- Mit welchen zusätzlichen Personalkosten ist zu rechnen?
- Welche Strategie würde der Stadtrat verfolgen, sollten die Kosten die finanziellen Möglichkeiten der Stadt überschreiten?

*Der Postulatsbericht ist in Bearbeitung.*

Der Stadtpräsident:  
Scheitlin

Im Namen des Stadtrats  
Der Stadtschreiber:  
Linke

